

XXIV. GP.-NR

10001 /J

30. Nov. 2011

Anfrage

der Abgeordneten Wolfgang Pirkhuber, Freundinnen und Freunde an den/die
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

betreffend Uran in Boden durch Phosphatdüngung

BEGRÜNDUNG

Mineralische Phosphatdüngung kann zu einer Anreicherung des toxischen und radioaktiven Metalls Uran im Boden und damit in der Nahrungskette führen, da Phosphat und Uran über das Mineral Apatit chemisch eng aneinander gebunden sind. Zudem kann es zu einer Anreicherung des ebenfalls giftigen Metalls Cadmium kommen, das über die Pflanzen in die menschliche Nahrungskette gelangt.

In der Bremer Jacobs-University wurden Untersuchungsergebnisse aus ganz Deutschland in Bezug auf den Urangehalt im Boden ausgewertet. Die Analysen stützen den Verdacht auf einen Zusammenhang zwischen Düngung und Urangehalt. Zwar gibt es einen natürlichen Urangehalt im Boden, aber je stärker Flächen gedüngt werden, desto höher ist der Urangehalt.

Laut Recherchen des Norddeutschen Rundfunks (NDR) enthalten mineralische Phosphatdünger Uran in Konzentrationen von bis zu 700 Gramm Uran pro Tonne Phosphat. Laut NDR fordert der Abteilungsleiter "Wasser und Boden" im deutschen Umweltbundesamt einen Höchstwert für Düngemittel, ähnlich wie für Cadmium auch, in Höhe von 50 Milligramm pro Kilogramm, und vor allem auch eine Deklarationsverpflichtung ab 20 Milligramm pro Kilogramm.

Gelangt Uran in den menschlichen Körper, reichert es sich bevorzugt in den Knochen an und kann verschiedenste Krankheiten auslösen, angefangen von Funktionsstörungen der Nieren, der Lunge und der Leber, bis hin zu Krebs und Erbgutveränderungen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

- 1) Wie viel Phosphatdünger wurde in den vergangenen fünf Jahren in Österreich ausgebracht?
- 2) Das österreichische Düngemittelgesetz sieht derzeit keine Grenzwerte für Uran vor, will der Landwirtschaftsminister dies ändern?

- 3) Wenn ja, welche Initiativen setzt er, um dies zu ändern und bis wann soll dies geschehen und welchen Grenzwert befürwortet der Minister?
- 4) Befürwortet der Minister eine Deklarationspflicht für Uran im Düngemittel?
- 5) Wenn ja, welche Initiative setzt der Minister, um einen solchen herbei zu führen und ab welchem Anteil an Uran soll diese in Kraft treten?

[Handwritten signatures and initials]